

Hier und Heute
[12.01.2008]

»Neue Lösungen für alte Probleme«

Passendes Statut für Musikakademie

Mit dem Ziel, die Situation der Personalmitglieder zu klären und ihnen sowie der Institution künftig mehr Planungssicherheit zu bieten, hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ihren festen Willen bekundet, das seit den 80er Jahren bestehende Problem eines unzureichenden Statuts der Musikakademie einer Lösung zuzuführen.

Das ehrgeizige Vorhaben, heißt es in einer entsprechenden Mitteilung von der Eupener Klötzerbahn, das problematische Statut der Akademie in eine völlig neue und maßgeschneiderte Rechtsform zu gießen, gehen die für Kultur und Unterricht zuständigen Minister Isabelle Weykmans (PFF) und Oliver Paasch (PJU-PDB) gemeinsam an.

Neben Form, Struktur und Personalstatut werde derzeit auch die pädagogische Ausrichtung der Schule auf den Prüfstand gestellt. Zu diesem Zweck hätten die beiden Minister eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der neben Vertretern der Kabinette und der Fachabteilungen Unterricht und Kultur des Ministeriums auch der Präsident der Musikakademie, Herbert Felten, angehört. Letzterer begrüßte ausdrücklich die Initiative der beiden Minister und sieht die Regierung mit ihren Reformvorhaben auf dem richtigen Weg, um die zuletzt viel zitierten Probleme der Musikakademie dauerhaft aus dem Weg zu räumen.

Die Arbeitsgruppe wird in ihrer Arbeit durch externe Rechtsberater unterstützt und einen breiten Dialog suchen mit dem Personal der Akademie, aber auch mit der Vereinswelt, die ja zu den wichtigsten »Abnehmern« der Akademie gehört und deren Einschätzungen für die Regierung von größtem Interesse sind.

Nicht zuletzt deshalb werden Paasch und Weykmans noch im ersten Halbjahr eine Runde durch die neun DG-Gemeinden starten, um mit möglichst vielen Mitgliedern und Verantwortlichen von Musikvereinen in Kontakt zu kommen und deren Anregungen und Ideen entgegenzunehmen.

»Mit dieser Reform verbinden wir auch das Ziel, die bedauerlichen Wartelisten an der Musikakademie drastisch zu reduzieren, um möglichst allen Kindern und Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen guten Musikunterricht sowie einen sozialverträglichen Zugang hierzu anbieten zu können«, so die beiden Minister, die noch in der laufenden Legislaturperiode einen entsprechenden Dekretentwurf durch die Regierung verabschieden lassen möchten.